



**Protokoll der 38. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 18. März 2015, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber

Namensaufruf: 37 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Heinrich Christ, Christian Mader, Benjamin Stricker
Zirfass, Frau Vizeammann Christa Thorner

Mitanwesend: 4 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

Traktanden

- 199 Mitteilungen
- 200 Protokoll der Sitzung vom 18. Februar 2015
- 201 Abstimmungsbotschaft zum Referendum gegen das Budget 2015
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Sehr geehrter Herr Stadtmann, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung.

Am 12. März 2015 hat das Gemeinderatsbüro das Gesuch von Herrn Iwan Köppel, Inhaber der alea iacta pr & consulting GmbH, Oberer Graben 12, 9000 St. Gallen, für Videoaufnahmen bewilligt. Die Firma unterstützt die Verwaltungsrechenzentrum AG St. Gallen in der Kommunikation. Die Szenen sind vorgesehen für den Einstieg in ein Produktvideo zur neuen IT-Gesamtlösung der Verwaltungsrechenzentrum AG für den Finanzbereich, welche die Stadt Frauenfeld auf Anfang 2015 als eine der ersten Gemeinden als Pilotgemeinde in Betrieb genommen hat. Den roten Faden durch das Video bildet die Investition in ein neues Feuerwehrlöschfahrzeug, die dann vom Entscheid über die Anschaffung bis hin zum Betrieb über die Finanzsuite verarbeitet wird.

Mein heutiger Leitspruch ist von Mahatma Gandhi: „Die Erde hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 37 Ratsmitglieder anwesend sind. Somit ist der Rat gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Seitens des Rats liegen keine Einwände zur Traktandenliste vor. Somit gilt die heutige Tagesordnung als stillschweigend genehmigt.

199

MITTEILUNGEN

Der Gemeinderatspräsident:

1. Die Referendumsfrist betreffend Botschaft redaktionelle Anpassungen des Geschäftsreglements für den Gemeinderat infolge Anpassung der Behörden- und Verwaltungsorganisation per 1. Januar 2015 ist am 2. März 2015 ungenutzt abgelaufen.
2. Die Referendumsfrist betreffend Botschaft Gewährung eines Nettokredits von 1,1 Mio. Franken für die Nutzung der Abwärme der Kunsteisbahn ist am 2. März 2015 ungenutzt abgelaufen.
3. Am 8. März 2015 fanden die Stadtpräsidenten- und Stadtratswahlen in der Stadt Frauenfeld statt. Anders Stokholm erhielt 4305 Stimmen, Andreas Wirth erhielt 2690 Stimmen und Roland A. Huber erhielt 580 Stimmen. Somit ist Anders Stokholm als neuer Stadtpräsident von Frauenfeld gewählt. Bei den Stadtratswahlen sind die bisherigen Stadträte Elsbeth Aepli-Stettler mit 5655 Stimmen, Christa Thorner mit 5298 Stimmen, Rudolf Huber mit 5021 Stimmen und Urs Müller mit 4200 Stimmen wiedergewählt worden. Auf Peter Rickenbach fielen 3194 Stimmen. Er ist als Überzähliger ausgeschieden. Ebenfalls wurden die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere den Gewählten von ganzem Herzen und wünsche viel Erfolg und Befriedigung im Amt.

4. Herr Samuel Heinz ist aus dem Wahlbüro zurückgetreten. Die Ersatzwahl findet in der Gemeinderatssitzung vom 22. April 2015 statt. Das Vorschlagsrecht steht der Fraktion CH/Grüne/GLP zu.
5. Der Stadtrat hat am 10. März 2015 die Interpellation Recycling von Gemeinderat Pascal Frey vom 17. September 2014 beantwortet.
6. Der Stadtrat hat am 10. März 2015 die Botschaft Nr. 41 Berichterstattung über den Stand der Realisierung Richtplan per Ende 2014 allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zugestellt.

200

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM MITTWOCH, 18. FEBRUAR 2015

Der Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Das Protokoll wurde am 25. Februar 2015 im Frauenfeld Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist eine Korrektur von Gemeinderat Peter Hausammann im Ratsbüro eingegangen. "Im Protokoll der letzten Sitzung wird der Stadtammann auf Seite 764 wie folgt zitiert: "Da die Juristen im Stadtrat die Problematik nach Ansicht der Motionäre offensichtlich begreifen, werden wir wohl einen externen Staatsrechtler beiziehen." Nach meiner Erinnerung hat der Stadtammann seine Meinung über die Auffassung der Motionäre aber gegenteilig ausgedrückt: "Da die Juristen im Stadtrat die Problematik nach Ansicht der Motionäre offensichtlich **nicht** begreifen, werden wir wohl einen externen Staatsrechtler beiziehen."

Diese Korrektur ist so aufgenommen und wird so ausgeführt.

Da das Wort zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 18. Februar 2015 nicht gewünscht wird, gilt es mit der erwähnten Korrektur als stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei der Ratssekretärin und bei allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

201

ABSTIMMUNGSBOTSCHAFT ZUM REFERENDUM GEGEN DAS BUDGET 2015

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Der Gemeinderatspräsident: Es steht uns die Botschaft des Stadtrats Nr. 40 Abstimmungsbotschaft zum Budget 2015 der Stadtverwaltung Frauenfeld vom 24. Februar 2015 mit dem Antrag auf Seite 1 zur Verfügung. Die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration hat an ihrer Sitzung vom Dienstag, 10. März 2015 folgende Ergänzung beschlossen: Seite 4 der Abstimmungsbotschaft nach dem 3. Absatz: In den Jahren 2002 bis 2013 erhielt die Stadt aus dem Landhandel einen Gewinn von durchschnittlich 1,6 Mio. Franken pro Jahr. Mit der Annahme eines solchen Durchschnittsgewinns im Jahr 2015 ist das Budget praktisch ausgeglichen.

Die Grundlage für die Behandlung im Rat ist somit die Botschaft Nr. 40 mit der Ergänzung der Geschäftsprüfungskommission. In dieser Botschaft sind noch kleine redaktionelle Anpassungen vorzunehmen. Der Stadtrat hat mir versichert, diese noch vor der Drucklegung zu erledigen. Zusätzlich steht uns das Protokoll Nr. 34 der Sitzung der GPK Finanzen und Administration vom 10. März 2015 zur Verfügung.

Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, die sich ausschliesslich auf die Botschaft ausrichten und nicht nochmals in eine Budgetdebatte ausufern soll. Allfällige Anträge sind mir bitte schriftlich abzugeben. Anschliessend werden wir über den Antrag abstimmen.

Eintreten

Die GPK Finanzen und Administration hat mir mitgeteilt, dass sie stillschweigend für Eintreten ist. Somit wird der GPK-Sprecher Gemeinderat Herbert Vetter erst in der materiellen Beratung das Wort ergreifen. Zum Eintreten wird das Wort seitens des Gemeinderats nicht gewünscht. Somit ist das Eintreten stillschweigend genehmigt.

Materielle Beratung

Gemeinderat Herbert Vetter, Referent der GPK Finanzen und Administration: Unsere Kommission hat die vorliegende Botschaft an ihrer Sitzung vom 10. März eingehend beraten. Dabei standen uns der Stadtammann und der Leiter des Finanzamts für Auskünfte zur Verfügung. Einleitend möchte auch ich Sie nochmals darauf aufmerksam machen, dass es bei dieser vorliegenden Botschaft nicht mehr um die einzelnen Budgetposten geht, sondern nur noch darum, wie es mit dem Budget weitergeht.

Zu Beginn der Beratungen stellten wir uns die Frage, weshalb diese Abstimmungsbotschaft durch den Gemeinderat behandelt und verabschiedet werden muss und nicht direkt durch den Stadtrat. In der Diskussion stellten wir fest, dass gemäss gesetzlicher Regelung der Stadtrat diese Kompetenz hätte, es aber bisheriger Praxis entspricht, dass Abstimmungsbotschaften dem Gemeinderat vorgelegt werden. Aus Sicht der GPK sollte diese Praxis zukünftig geändert werden. Unsere Kommission spricht sich mit 5 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung klar für diese Praxisänderung aus.

Ein weiteres Thema war die Vorprüfung des Unterschriftenbogens zum Referendum. Dieser weist einen formellen Fehler auf, da es seit dem 1. August 2014 auf kantonaler Ebene eine Gesetzesänderung gegeben hat. Neu muss nicht nur der Jahrgang, sondern das vollständige Geburtsdatum der Personen, die unterschreiben, angegeben werden. Wir beantragen Ihnen nun aber keine Ungültigkeitserklärung der Unterschriften, sondern möchten nur zum Ausdruck bringen, dass die GPK die Geschäfte ganz genau anschaut und auch solch kleine Mängel nicht übersieht.

Neben einigen kleineren redaktionellen grammatikalischen und darstellerischen Anpassungen schlägt Ihnen die GPK auch eine Ergänzung der Abstimmungsbotschaft vor. Sie haben es in den einleitenden Worten des Präsidenten bereits gehört. Zudem haben Sie die Ergänzung heute vor einer Woche von der Gemeinderatssekretärin bereits per Mail erhalten. Die GPK Finanzen und

Administration hat mit 4 Ja-, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung beschlossen, folgende Ergänzung auf Seite 4 der Abstimmungsbotschaft nach dem dritten Absatz einzufügen: "In den Jahren 2002 bis 2013 erzielte die Stadt aus dem Landhandel einen Gewinn von durchschnittlich 1,6 Mio. Franken pro Jahr. Mit der Annahme eines solchen Durchschnittsgewinns im Jahr 2015 ist das Budget praktisch ausgeglichen."

Weiter auf Seite 6 der Botschaft heisst es im zweiten Satz in Bezug auf den Anstieg des Eigenkapitals: "Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf ausserordentliche Liegenschaftsgeschäfte zurückzuführen." Bei diesem Satz gab es eine Diskussion um das Wort „ausserordentlich“. Die GPK war sich uneinig, ob dies nun ordentliche oder ausserordentliche Liegenschaftsgeschäfte seien. Es wurde ein Antrag gestellt, das Wort "ausserordentlich" durch das Wort "die" zu ersetzen. Der Antrag wurde mit 2 Ja- und 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich komme nun zum Schluss meiner Ausführungen. Die GPK Finanzen und Administration stimmt dem Antrag gemäss Botschaft Nr. 40 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 24. Februar 2015 mit 5 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zu und empfiehlt dem Gemeinderat, dem Antrag ebenfalls seine Zustimmung zu erteilen.

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Bei der Behandlung dieses Geschäfts in unserer Fraktion stellten sich vor allem zwei Fragen.

1. Ist es sinnvoll, bei einem Referendum über das Budget, das möglichst umgehend der Volksabstimmung zugeführt werden sollte, über die Abstimmungsbotschaft eine Beratung vorerst durch die GPK Finanzen und Administration und nun heute im Gemeinderat durchzuführen? Angesichts der zeitlichen Dringlichkeit eines solchen Geschäfts ist unsere Fraktion der Meinung, dass Abstimmungsbotschaften nach Ergreifen eines Referendums vom Stadtrat verabschiedet werden können.
2. Bei einem Referendum soll das Referendumskomitee die Argumente des Referendumskomitees spätestens eine Woche nach Einreichen der Unterschriften und vor dem Verfassen der Abstimmungsbotschaft vorlegen. Beim Beginn der Unterschriftensammlung müssen ihm die Argumente ja bekannt sein. Manchmal gibt es auch zwei Referendumskomitees, wie zum Beispiel beim Gripenreferendum des Bundes mit verschiedenen Stossrichtungen. Die Verfasser der Abstimmungsbotschaft sollten die Argumente der Referendumskomitees kennen und darauf Bezug nehmen können. Im Gegensatz zu einem Referendum sind bei einer Volksinitiative Zweck, Ziel und eine Begründung auf dem Unterschriftenbogen aufgedruckt und meist auch ein ausführliches Argumentarium öffentlich verfügbar. Dort wird sinnvollerweise die Seite des Initiativkomitees erst nach der Behandlung der Abstimmungsbotschaft im Gemeinderat angefügt.

Die Fraktion CH/Grüne/GLP unterstützt ausdrücklich, den von der GPK Finanzen und Administration beantragten Satz auf Seite 4 einzufügen. Die über viele Jahre erzielten Höherbewertungen und Nettoerlöse aus den Liegenschaften haben unser Eigenkapital im Vergleich zu anderen Gemeinden in einsame Höhen katapultiert, und es wäre zu verkraften 1,6 Mio. Franken davon zu verzehren, falls dieses Jahr wirklich gar nichts aus dem Liegenschaftenhandel anfällt.

Gemeinderat Stefan Zahn, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU: Unsere Fraktion war der Meinung, dass der Gemeinderat in der Debatte im Dezember 2014 das Budget abgehandelt hat und unter Berücksichtigung der genehmigten Anträge mit 31 Ja- zu 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen das Ergebnis klare Verhältnisse zugunsten des Budgets aufzeigte und somit in der Fraktion nur noch über den Botschaftsinhalt eingehend zu diskutieren sei.

Folgendes wurde nebst den redaktionellen Fehlern in der Botschaft, welche noch zu redigieren ist, in unserer Fraktion diskutiert:

Es wurde beliebt gemacht, auf der Seite 7 den Transferaufwand mit einer Erklärung wie auf Seite 11 mit Sternchen aufgeführt zu ergänzen. Die Frist für die Argumente des Referendumskomitees soll in Zukunft vom Stadtrat kürzer angesetzt werden, damit beide Parteien von gleich langen Spiessen profitieren können. Es sei eine reine Alibiübung und vor allem nicht praxistauglich, wenn der Gemeinderat eine Redaktionslesung einer Abstimmungsbotschaft macht. Es wäre effizienter, wenn der Stadtrat die Abstimmungsbotschaft absegnen und somit die Frist für die Abstimmung massiv verkürzt werden könnte. Die bisherige Praxis, welche auf einen Subkommissionsentscheid zurückzuführen und somit keine offizielle Regelung ist, gilt zu überdenken und in eine zukunftsorientierte Praxisänderung umzuwandeln, in welcher diese Kompetenz explizit dem Stadtrat zugesprochen werden soll. Die Fraktion FDP/SVP/EDU wird bis auf eine Gegenstimme dem Antrag zur Abstimmungsbotschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zustimmen. Abschliessend war unsere Fraktion grossmehrheitlich der Meinung, dass wir hinter dem Budget 2015 stehen und wir dem Stadtrat und der gesamten Stadtverwaltung nochmals einen Dank für ihr grosses Engagement aussprechen möchten. Ein spezieller Dank gilt unserem Finanzchef Reto Angern, welcher die Umstellung auf HRM2 erfolgreich gemeistert und einen übersichtlichen Budgetordner zusammengestellt hat und auch in dieser vorgelegten Abstimmungsbotschaft dies in komprimierter Form zum Tragen kommt.

Gemeinderat Christoph Regli, Referent der Fraktion CVP/EVP: Vorweg ein herzliches Dankeschön für die sprachlich und argumentativ sehr gute Botschaft. Zum Materiellen möchten wir erstens feststellen, dass das Referendum ein Volksrecht ist, das wir uneingeschränkt hochhalten wollen. Es ist nun so, dass man 520 Stimmberechtigte davon überzeugen konnte, dass eine Abstimmung über das Budget 2015 notwendig ist. Es ist uns im Rahmen der Budgetsitzung also nicht gelungen, nach aussen zu kommunizieren und aufzuklären, also müssen wir dies nun nachholen. Die CVP/EVP-Fraktion ist aber der festen Überzeugung, dass man diesem Budget mit bestem Wissen und Gewissen zustimmen kann.

Frage 1 ist doch: Hat man zu wenig gespart? Der Stadtrat hat enorm Energie aufgewendet, um 2 Mio. Franken zu sparen. Der Gemeinderat hat mit sehr grosser Mehrheit zugestimmt und damit festgestellt, dass das Sparpotenzial ausgeschöpft ist, wenn es keinen Leistungsabbau bei den Einwohnern geben soll. Schlussfolgerung: Es wurde also nicht zu wenig an den Ausgaben geschraubt und die vorliegenden Ausgaben sind gut begründet.

Frage 2: Ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um die Budgetzahlen im Detail zu hinterfragen? Eigentlich ist es für das Hinterfragen der Ausgaben immer der richtige Zeitpunkt. Aber der Finanzplan erlebt einen Neuanfang aufgrund des Wechsels von HRM auf HRM2. Somit kann auch nicht auf mehrjährige Finanzkennzahlen zurückgegriffen werden. Erst die Rechnung 2015 wird besseren Aufschluss darüber geben, wie es wirklich aussieht. Schlussfolgerung: Der Zeitpunkt ist nicht optimal.

Frage 3: Brauchen wir ein ausgeglichenes Budget? Im Prinzip ja. Aber die CVP/EVP-Fraktion ist nicht der Meinung, dass ein ausgeglichenes Budget immer und um jeden Preis erreicht werden muss. Somit sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt auch bei dieser Aufwandshöhe keine Notwendigkeit, eine Steuerfusserhöhung ins Auge zu fassen.

Frage 4: Wieso muss das Budget unseres Erachtens nicht ausgeglichen sein? Dafür gibt es neben der unsicheren Situation aufgrund HRM2, also des Darstellungswechsels, zwei sehr gute Gründe. 1. Im Budget werden jeweils die noch nicht erledigten Investitionen wieder aufgeführt. Aber es wird auch wieder solche geben, die aufgeschoben werden, was zu vorläufigen Minderausgaben führt. 2. Das Budget entspricht in der Höhe genau dem Betrag, der uns in den letzten zehn Jahren durch ausserordentliche Gewinne aus Landverkäufen jeweils erfreulich positiv überraschte. Das kann ja gut auch wieder so passieren. Es spricht hier nicht nur Hoffnung, sondern eben auch Erfahrung. Wir sind natürlich für den entsprechenden Ergänzungsvorschlag der GPK. Schlussfolgerung: Uns genügt es sicher, wenn statt des Budgets die Rechnung ausgeglichen ist.

Somit stellt sich aber die Frage 5: Was, wenn die Rechnung dann auch negativ ausfällt? Auch dann müssen wir nicht vom Schlimmsten, nämlich einer Steuererhöhung sprechen, denn das Vermögen ist 60 Mal so hoch wie das budgetierte Defizit. Und es ist 4 Mal so hoch, wie es vom Kanton erwartet wird. Schlussfolgerung: So könnten wir jahrelang oder besser gesagt jahrzehntelang solch ein Defizit ertragen. Schnellrechner haben sicher erkannt, dass es sich um vier Jahrzehnte handelt. Die CVP/EVP-Fraktion befürwortet mögliche Steuerfusserhöhungen nicht aus einer Unsicherheit heraus, sondern nach begründeten Erfahrungen, respektive klaren Zahlen aus mehreren Rechnungen und dies auf der vorgenannten Situation im Vermögen erst nach wirklich einigen Jahren, solange sich das Defizit im budgetierten Rahmen bewegt.

Frage 6: Wäre eine Steuerfusserhöhung für uns schlimm? Eine Steuerfusserhöhung ist immer schlecht und nur die Ultima Ratio. Wenn sie dann aber irgendwann unter Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Defizit und Vermögen zwingend nötig erscheinen wird, haben wir immer noch drei Trostpflaster: 1. Unter den grossen Thurgauer Gemeinden, also denjenigen, die Kosten von Zentrumsfunktionen zu tragen haben, haben wir aktuell klar den tiefsten Steuerfuss. 2. In den letzten Jahren konnte der Steuerfuss enorm reduziert werden. 3. Man war bei der letzten Steuerfussenkung nicht sicher, ob sie mittelfristig für ein ausgeglichenes Budget nicht eine zu viel war. Somit könnten wir uns ja auch darüber freuen, dass wir lange von einem tieferen Steuerfuss profitiert haben, statt uns zu ärgern, dass er erhöht wird. Aber eben, das ist sicher nicht heute, morgen oder übermorgen der Fall.

Noch etwas Formelles: Es ist nicht sinnvoll, hier zu diskutieren, ob solch eine Botschaft zuerst an die GPK und den Gemeinderat muss oder direkt vom Stadtrat dem Volk vorgelegt werden kann. Die Zeitersparnis leuchtet ein. Es gibt aber auch gute Gegenargumente und eine Differenzierung könnte durchaus Sinn machen. Dies sollte man aber im Rahmen einer Teilrevision besprechen, für die wir ja bereits andere Themen bereithalten. Vorderhand müsste diese Praxisänderung, auch wenn es eine Praxis ist, die aufgrund einer Subkommission entstanden ist, durch eine Kompetenzdelegation für den Einzelfall gelöst werden.

Die CVP/EVP-Fraktion steht also voll hinter dem Budget und der Abstimmungsbotschaft und wir wünschen uns vom Volk eine kräftige Zustimmung, denn 1. sind die Ausgaben gerechtfertigt, 2. ist das Defizit vorläufig erst budgetiert, schauen wir uns also die Rechnung an, 3. können wir uns ein Defizit während geraumer Zeit leisten und in dieser Zeit die Entwicklung beobachten. Somit ist 4. eine Steuererhöhung unseres Erachtens vorläufig kein Thema und im zur Ablehnung empfohlenen Budget ja auch überhaupt nicht vorgesehen.

Gemeinderat Ralph Hobor, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Wir danken dem Stadtrat für die Arbeit in der Abstimmungsbotschaft zum Referendum gegen das Budget 2015. In unseren Augen ist diese gelungen. Sie weist die wichtigsten Eckdaten auf, zeigt dem Leser mehrere Vergleiche und Fakten, welche unser Budget in der Realität zeigen, wie es der Gemeinderat schlussendlich verabschiedet hat.

Wie alle Anwesenden hier wissen, wurde das Budget am 10. Dezember 2014 sachlich, intensiv und seriös behandelt. Dabei wurden auch Streichungs- respektive Kürzungsanträge gutgeheissen. Zum Schluss wurde das Budget mit 31 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen klar angenommen. Unter den 31 Ja-Stimmen fand sich somit mancher Kollege, welcher auch fürs Sparen bekannt ist. Bei diesem Budget von reiner Geldverschwendung zu sprechen, sehen wir als einen klaren Angriff auf den Gemeinderat. Es ist völlig absurd zu denken und zu behaupten, der Gemeinderat oder der Stadtrat reite die Stadt blindlings ins finanzielle Verderben. Bei einem Eigenkapital von 90 Mio. Franken ist ein budgetierter Verlust von rund 1,7 Mio. Franken vertretbar.

Dass die Referendumsinitianten bereits über eine mögliche Steuererhöhung sprechen, ist eine Frechheit. Bei dieser Abstimmung geht es einzig und allein um das Budget 2015, welches eine solche nicht vorsieht. Dank Kollege Hausammann wissen wir seit der letzten Fragestunde, dass die letzte Steuersenkung von 3 Prozent für eine Familie mit einem Einkommen von 10'000 Franken Einsparungen von Fr. 125.75 pro Jahr gebracht hat. Dem gegenüber stehen Mehreinnahmen von 565'000 Franken je Steuerprozent. Es ist klar, dass wir ohne die letzte Steuersenkung heute nicht über ein Defizit, sondern über einen Gewinn sprechen würden.

Zum Schluss möchten wir ein paar Überlegungen anstellen, es scheint den Referendumsinitianten zu wenig bewusst, dass durch dieses sinnlose Vorgehen weitere Kosten entstanden sind. Allein die kommende Abstimmung kostet 40'000 Franken. Das Amt für Gesellschaft und Integration konnte noch nicht wie vorgesehen vom Haus Sapone an den bereits angemieteten Standort am Kasernenplatz 4 umziehen, da die Renovationsarbeiten nicht getätigt werden können. Die Stadt und somit auch der Bürger bezahlen hier nun zwei Mieten. Weiter: Stellen, welche die Stadt besetzen möchte, können erst verspätet ausgeschrieben werden. Wer von Ihnen bewirbt sich auf eine Stelle, welche für Juni ausgeschrieben ist, jedoch erst im April Klarheit darüber herrscht, ob es diese denn wirklich gibt? Wir denken, diese Liste liesse sich noch beliebig weiterführen, und vielleicht können wir nach der Budgetabstimmung einmal den effektiven Kostenaufwand in Erfahrung bringen.

Wir von der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO stimmen der Botschaft einstimmig zu.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): Ich bin nun doch ein bisschen überrascht, wie man diese Botschaft einfach so durchwinkt. Ich habe eine grosse Sympathie für den Bund der Steuerzahler, der das Referendum zum vorliegenden Defizitbudget ergriffen hat. Vor der Budgetdebatte vom 10. Dezember 2014 gingen Kollege Thomas Gemperle und ich über die Bücher. In gut drei Stunden haben wir mit Einsparungen in der Erfolgsrechnung das Defizit von fast 1,7 Mio. Franken in ein ausgeglichenes Budget verwandelt. Wir führen heute keine Budgetdebatte mehr, trotzdem wird natürlich in der Botschaft da und dort auf das Budget und auf Zahlen verwiesen. Lassen Sie mich deshalb bitte kurz festhalten:

(Korrektur gemäss Protokoll vom 22. April 2015: Ergänzung parteiliche bzw. politische Zuordnung).

Weder der Stadtrat noch der Gemeinderat haben sich genug Mühe gegeben, um das vorliegende Defizitbudget zu verhindern. Die allermeisten Sparanträge hatten in diesem Rat keine Chance. Leider haben gewisse Medienschaffende geglaubt, dass vor allem beim Stadtrat ein ausreichender Sparwille vorhanden sei, und dies in ihren Artikeln und Kommentaren der Leserschaft mitgeteilt. Und nun gelangen wir mit dieser Abstimmungsbotschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Was wir der Frauenfelder Bevölkerung zusammengefasst in den Schlussbemerkungen erzählen, stimmt nur in Teilen. Der zentrale Rechtfertigungs- bzw. Entschuldigungssatz lautet: "Die sich ergebenden nicht beeinflussbaren Mehrkosten, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Soziales, konnten jedoch nicht durch die erwarteten Mehreinnahmen aus den Erträgen, insbesondere der Steuereinnahmen, gedeckt werden." Und dann folgen die beiden Sätze, die darauf hinweisen, wie intensiv der Stadtrat das Sparpotenzial ausgelotet habe und der Gemeinderat habe seinerseits Einsparungen beschlossen. Ja wo denn?

Nur zur Erinnerung und nur ganz kurz: Sie haben hier Personalvermehrungen gutgeheissen, die bei dieser Finanzlage gar nicht zu verantworten sind, zudem hätten wir beim Aufwand weiter kürzen können, wo möchte ich aus Zeitgründen nicht mehr wiederholen, Sie wissen, was ich gesagt habe. Diese unschöne Situation mit dem Referendum, das die Stadt lähmt, wie wir alle lesen konnten, hätten wir problemlos umgehen können. Mein Rückweisungsantrag in der Budgetsitzung mit dem Auftrag an den Stadtrat, weitere Einsparungen vorzunehmen, machte durchaus Sinn. Nun hat der Bund der Steuerzahler mit nachvollziehbaren Argumenten eine Volksabstimmung erreicht. Das Referendumskomitee hat gute Arbeit geleistet. Chapeau! (*Korrektur gemäss Protokoll vom 22. April 2015: richtige Schreibweise "Referendumskomitee"*).

Ich habe lange mit mir gerungen und Rücksprache mit einzelnen Mitgliedern unserer Gruppierung "Menschen für Frauenfeld" genommen. Wir sind zum Schluss gekommen, das Referendum nicht zu unterstützen, aus unserer Sicht wäre es sinnvoller, mittels einer Initiative eine erneute Revision der Gemeindeordnung zu erwirken. Was wir im Jahr 2010 erreicht haben, kam einer Entmachtung des Volks gleich. Die Volksrechte müssen wieder gestärkt werden, insbesondere muss die Budgethoheit wieder beim Volk liegen, sonst drohen uns in den nächsten Jahren weitere Referenden und die Stadt Frauenfeld, wir haben es gehört, funktioniert lahmmer und lahmmer.

Was mir in der vorliegenden Abstimmungsbotschaft fehlt, ist ein klarer Hinweis darauf, dass laut Finanzplanung ab 2017 das Nettovermögen in eine Nettoverschuldung kippt. Das ist eine der entscheidenden wichtigen Finanzkennzahlen, die viel aussagekräftiger ist als das hohe Eigenkapital. Hierbei handelt es sich um eine rein buchhalterische Grösse, die darüber hinwegtäuscht, dass uns Steuererhöhungen drohen. Das kann nicht der Weg sein, den der Gemeinderat Frauenfeld der Bevölkerung vorgibt. Diese Botschaft ist schwer verständlich und daher schlecht geschrieben. Ich gehe also nicht mit dem CVP-Sprecher einig, und es genügt mir auch nicht, dass dann der Stadtrat oder eine Redaktionskommission da nochmals drübergeht. Ich kann die Botschaft nicht unterstützen und werde dem stadträtlichen Antrag auf Genehmigung nicht zustimmen bzw. ich werde mich der Stimme enthalten.

Nehmen wir uns, um nur ein Beispiel zu nennen, die Seite 4 unter dem Titel "Ausgangslage" vor. Den zweitletzten Satz muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Ich zitiere: "Diese Reduktionen um insgesamt 25 Steuerprozent gingen mit mehreren Steuergesetzanpassungen einher und führten bei den Steuerzahlern in Bezug auf die städtischen Steuern um eine wesentlich grössere Entlastung, als die vorerwähnten 25 Steuerprozent ergäbe."

Meine Damen und Herren, ich befürchte, dass bei diesem Satzgebilde, das nichts anderes als ein grammatikalisch fehlerhaftes und überaus kompliziertes Sprachkonstrukt ist, die meisten Stimmberechtigten vom Weiterlesen abgehalten werden. Ich stelle hiermit den Antrag, diesen Satz wie folgt zu entflechten und grammatikalisch zu verbessern:

Erster Satz: "Diese Reduktionen um insgesamt 25 Steuerprozent gingen mit mehreren Steuer-gesetzanpassungen einher." Zweiter Satz: "In Bezug auf die städtischen Steuern profitieren die Steuerzahlenden von einer wesentlich grösseren Entlastung als die vorerwähnten 25 Steuerpro-zente ergeben hätten."

Bitte gönnen Sie mir die Freude und folgen Sie wenigstens einem einzigen meiner Anträge in der ablaufenden vierjährigen Amtsdauer.

Und zuletzt noch dies: Unter dem Titel „Schlussbemerkungen und Antrag“ fehlt ein formeller Antrag des Stadt- und Gemeinderats, dem Budget 2015 der Stadtverwaltung Frauenfeld zuzu-stimmen. Sonst müssen Sie im Titel „Antrag“ streichen und nur von Schlussbemerkungen spre-chen.

Stadtammann Carlo Parolari: Zuerst herzlichen Dank für das unbestrittene Eintreten und die mehrheitlich gute Aufnahme dieser Botschaft.

Eine Vorbemerkung: Wir sind im Stadtrat sehr dankbar, dass in der GPK und auch heute im Rat die Diskussion geführt worden ist, ob es sinnvoll ist, Abstimmungsbotschaften in einer Legislati-ve zu diskutieren. Wir vom Stadtrat haben das schon bei der letzten Revision Ihres Geschäftsreg-lements beantragt, sind da aber nicht durchgekommen. Wir wollten uns explizit diese Kompe-tenz delegieren lassen, weil wir es schlichtweg einen Unsinn finden – wir haben es teilweise auch heute gemerkt – dass in einer Legislative Redaktionslesungen vorgenommen werden. Stel-len Sie sich vor, der Nationalrat oder der Kantonsrat würde dies machen – das kommt nieman-dem in den Sinn. Es ist auch nirgends festgeschrieben, es wurde vom GPK-Sprecher gesagt, es war bisher einfach Praxis, und wir haben uns nicht dafürgehalten, jetzt gerade bei diesem Refe-rendum diese Praxis zu ändern. Wir sind Ihnen aber dankbar für das klare Votum der GPK und werden das auch in Zukunft so handhaben. Wir hätten die Abstimmung locker am 8. März 2015 zusammen mit den Wahlen durchführen können, wenn wir diese Zusatzschleife nicht hätten machen müssen.

Mit dem Vorschlag von Gemeinderat Wildberger, dass bereits eine Woche nach Einreichen des Referendums die Argumente des Komitees vorliegen müssen, bin ich allerdings nicht einverstan-den. Das scheint mir doch reichlich früh. Der Stadtrat wird diesen Zeitpunkt so festlegen, dass es spätestens nach der ersten Lesung des Stadtrats klar ist und nicht erst, wenn die Botschaft ver-abschiedet ist. Gemeinderat Zahn hat es gesagt: es müssen gleich lange Spiesse gelten, und da kann man eine klare Frist setzen, bis wann diese Argumente auf dem Tisch liegen müssen.

Gemeinderat Marty, ich mag Ihnen das sehr gönnen, und ich befürworte Ihren Antrag, auch wenn Sie wieder einmal zu einem verbalen Rundumschlag ausgeholt haben und trotzdem eine materielle Diskussion geführt haben. Dieser Satz mag nicht sehr glücklich sein und Ihre Formulie-rung ist besser. Ich beantrage Ihnen, dem zuzustimmen und in der Schlussabstimmung unsere Botschaft gutzuheissen.

Abstimmung

Antrag Marty:

Der Antrag Marty wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Antrag des Stadtrats:

Der Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Der Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 22. April 2015, 18 Uhr, statt.

Mein Dank geht an Sie für Ihre disziplinierte und aktive Mitarbeit, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck und Beat Dürger und Team für die Bestuhlung in diesem ehrwürdigen Ratssaal.

Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und ich wünsche eine gute Heimkehr.

Schluss der Sitzung: 18.45 Uhr

* * *

